



Fritz Bauer Institut (Hg.)

Opfer als Akteure

Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter
in der Nachkriegszeit

Jahrbuch 2008
zur Geschichte und
Wirkung des Holocaust



campus

Inhalt

Katharina Stengel

Einleitung.....	7
-----------------	---

I. Von der Opferfürsorge bis zur kalkulierten Provokation: Die NS-Verfolgten als politische Akteure der Nachkriegszeit

Harald Schmid

»Wiedergutmachung« und Erinnerung Die Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen.....	27
--	----

Kristina Meyer

Sozialdemokratische NS-Verfolgte und die Vergangenheitspolitik	48
--	----

Christa Paul

Frühe Weichenstellungen Zum Ausschluss »asozialer« Häftlinge von Ansprüchen auf besondere Unterstützungsleistungen und auf Entschädigung.....	67
---	----

Thomas Irmer

»Ihr langes Schweigen ist sicherlich tiefe Resignation ...« Norbert Wollheim, Edmund Bartl, Hermann Langbein und die Auseinandersetzung um Entschädigung für NS-Zwangarbeit nach 1945.....	87
---	----

Brigitte Bailer-Galanda

Konkurrenz – Konflikt – Spielball der Politik Verbände der NS-Opfer in Österreich nach 1945.....	106
---	-----

Anne Klein

»Militants de la Mémoire« Repräsentationen jüdischen Engagements in den 1970er Jahren	126
--	-----

II. KZ-Überlebende als HistorikerInnen der Konzentrationslager

Philipp Neumannn

»... eine Sprachregelung zu finden«

Zur Kanonisierung des kommunistischen Buchenwald-Gedächtnisses
in der Dokumentation *Mahnung und Verpflichtung*.....151

Katharina Stengel

Auschwitz zwischen Ost und West

Das Internationale Auschwitz-Komitee und die Entstehungsgeschichte
des Sammelbandes *Auschwitz. Zeugnisse und Berichte*.....174

Susan Hogervorst

Erinnerungskulturen und Geschichtsschreibung

Das Beispiel Ravensbrück.....197

III. Interventionen jüdischer Überlebender in Europa

Franziska Bruder

Handlungsstrategien jüdischer Überlebender in Polen

zwischen 1944 und 1950219

Stephan Stach

»Praktische Geschichte«

Der Beitrag jüdischer Organisationen zur Verfolgung von
NS-Verbrechern in Polen und Österreich in den späten 40er Jahren.....242

Laura Jockusch

»Appell an das Weltgewissen«

Jüdische Holocaustdokumentation in der frühen Nachkriegszeit

am Beispiel Frankreichs.....263

Anke Zimmermann

Vom Umgang mit dem Grauen

Selbstzeugnisse jüdischer Künstler in der Tschechoslowakei

1945–1990.....284

Abkürzungsverzeichnis299

Autorinnen und Autoren303

potenziellen SPD-Mitglieder und -Wähler waren keine Widerstandskämpfer, sondern Mitläufer gewesen. So war die Sozialdemokratie ebenso wie andere Parteien auf eine Politik bedacht, die den Integrations- und Diskrektionsbedürfnissen der einstigen »Volksgemeinschaft« entgegenkam. Der Umgang mit der »jüngsten Vergangenheit« – mit den Opfern, Tätern, Mitläufern und Folgelasten des »Dritten Reiches« – war in dieser Hinsicht ein besonders sensibles und konfliktanfälliges Politikfeld. Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit stießen überall dort an ihre Grenzen, wo es um den Erfolg bei der Wählerschaft, um politische Prioritätensetzung, aber auch um den innerparteilichen Frieden ging. Kritisches »vergangenheitspolitisches³ Engagement zählte nicht zu den Prioritäten der Nachkriegs-SPD und war innerhalb der Partei auch nur bedingt konsensfähig. Solches Engagement ging vielmehr auf eine Reihe sozialdemokratischer Akteure zurück, denen eine gerechte Wiedergutmachung ebenso wie die konsequente Ahndung von NS-Verbrechen ein besonderes Anliegen war. Es waren sozialdemokratische Widerstandskämpfer und Verfolgte, die in dieser Hinsicht entscheidende Vorstöße unternahmen und die Mehrheitsmeinung in Partei und Gesellschaft infrage stellten. Aber waren ehemalige Verfolgte auch zwangsläufig Vorkämpfer einer kritischen Vergangenheitspolitik?

Fragen nach den Grundzügen und Konfliktherden sozialdemokratischer Vergangenheitspolitik in den Nachkriegsjahren und in der frühen Bundesrepublik erfordern einen geschärften Blick auf verschiedene Akteure, die hier in Erscheinung traten. Dass die »Dominanz Kurt Schumachers in der West-SPD« und »seine Äußerungen zum Dritten Reich und dessen Folgen« tatsächlich ausreichen, um »die Stellung der SPD insgesamt

3 Norbert Frei bezeichnet mit seinem Begriff der »Vergangenheitspolitik« einen »politischen Prozeß, der sich ungefähr über eine halbe Dekade erstreckte und durch hohe gesellschaftliche Akzeptanz gekennzeichnet war« und bei dem es vor allem um »Strafaufhebungen und Integrationsleistungen zugunsten eines Millionenheers ehemaliger Parteigenossen« sowie um »politische und justizielle Grenzziehung gegenüber den ideologischen Restgruppen des Nationalsozialismus« ging. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1999 (EA 1996), S. 13 f. In einem weiter und allgemeiner gefassten Sinn soll der Begriff »Vergangenheitspolitik« hier – über die Mitte der 1950er Jahre hinaus – alle politischen Debatten, Maßnahmen und Prozesse umfassen, die den Umgang mit und die Aufarbeitung von Ereignissen und Folgewirkungen der nationalsozialistischen Diktatur betrafen, darunter u.a. auch die Wiedergutmachungspolitik und das Gedenken bzw. die Erinnerung an die NS-Verbrechen und den Widerstand. Gegenüber dem zeitgenössischen normativen Begriff der »Vergangenheitsbewältigung« ist ihm als Analysekategorie der Vorzug zu geben.

zu analysieren«⁴, ist zu bezweifeln. Eine Fixierung auf die Person Schumachers – auf so maßgebliche und nachhaltige Weise er auch den vergangenheitspolitischen Integrationskurs vorgab – vernachlässigt zahlreiche Ambivalenzen und Konflikte, die den Umgang seiner Partei mit der NS-Vergangenheit prägten. Auf allen Ebenen der Parteiorganisation und -hierarchie, in Kommunen, Landesparlamenten und im Bundestag wirkten nach 1945 Sozialdemokraten, die wie Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Heine NS-Verfolgte oder Exilanten waren, aber häufig ganz unterschiedliche Standpunkte vertraten. Besonderes Augenmerk verdient dabei die parteieigene Verfolgtenorganisation, die 1948 gegründete »Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten« (AvS)⁵. Wie unterschiedlich das Verständnis von einer angemessenen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unter sozialdemokratischen Verfolgten sein konnte, wie prägend das Engagement einzelner Akteure wirkte und wie einflusslos die Verfolgten an der Basis zugleich blieben, zeigt sich an zwei elementaren Aspekten der Vergangenheitspolitik – der Wiedergutmachung sowie dem Umgang mit »Mitläufern« und »Belasteten« des Nationalsozialismus.

Nach Kriegsende

Viele sozialdemokratische NS-Verfolgte, die 1945 aus einer oft jahrelangen Haft in Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit wurden, die aus dem Exil, aus der Illegalität oder gar, weil sie in Strafbataillons zwangsverpflichtet worden waren, aus dem Krieg in ihre Heimat zurückkehrten⁶,

4 Eike Wolgast, *Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46)*. Heidelberg 2001, S. 112.

5 Später wurde die Bezeichnung auf »Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten« verkürzt.

6 Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Verfolgten entschloss sich nach Ende der Haftzeit zu einer Rückkehr in die Heimat. Nach den Ergebnissen einer Massenstichprobe aus den Akten des Wiedergutmachungsamtes Düsseldorf lebten 85 Prozent aller sozialdemokratischen Entschädigungsempfänger wieder oder immer noch in Düsseldorf. Vgl. Kristina Meyer, Boris Spernol, »Wiedergutmachungspraxis in Düsseldorf. Eine statistische Bilanz«, in: José Brunner, Norbert Frei, Constantin Goschler (Hrsg.), *Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung, Wirkung*. Göttingen (erscheint 2009). Von den ca. 6.000 emigrierten Sozialdemokraten und Sozialisten – darunter auch viele deutsche Juden – kehrten rund 50 Prozent nach Deutschland zurück. Vgl. Hartmut Mehringer, »Waldemar von Knoeringen – Widerstand und Exil. Der Weg vom revolutionären Sozi-

stürzten sich geradezu in die Wiederaufbauarbeit. Fritz Erler, der sich seit 1939 in Zuchthaushalt befunden hatte, machte für sein Leben »nach Hitler« bereits im Mai 1943 Pläne: »Auf alle Fälle wird meine Rückkehr nach Berlin mich nicht in eine lustige ›Geschäftigkeit‹ reißen, wohl aber in ein randvolles Schaffen stellen, auf das ich mich heute schon freue. Aufgaben wird es geben, Aufgaben«⁷. Seine neue Wirkungsstätte fand Erler nach Kriegsende indes nicht in Berlin, sondern in Süddeutschland. Nach seiner Flucht aus einem Gefangenentransport war er im württembergischen Bibereich gestrandet, wo er sich bis zum Einmarsch der Alliierten versteckte. Dort ernannten ihn die französischen Besatzungsmächte noch im Mai 1945 zum Landrat.

Wie Fritz Erler beteiligten sich zahlreiche NS-Verfolgte am Aufbau kommunaler Verwaltungsstrukturen, übernahmen Funktionen in der wiedergegründeten SPD, in Gewerkschaften und in Parlamenten – trotz zum Teil gravierender gesundheitlicher Nachwirkungen der Verfolgungszeit. Mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren zum Zeitpunkt des Kriegsendes bildeten sozialdemokratische Verfolgte das unbelastete Pendant zur völlig diskreditierten Funktionsgeneration des Nationalsozialismus⁸ und wurden als anerkannte Gegner des NS-Regimes bei der Besetzung von Ämtern in Politik und Verwaltung durch die Alliierten bevorzugt. Eberhard Brünen, der als führender Kopf einer Duisburger Widerstandsgruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) seit 1935 inhaftiert gewesen war, kümmerte sich nach der Befreiung des Zuchthauses Waldheim in Sachsen zunächst um die Versorgung und Rückführung von Mithäftlingen und wurde wegen eines Lungenleidens ärztlich betreut. Erst Ende Juli 1945 kehrte er ins Ruhrgebiet zurück. Eine »Schonzeit« kam für ihn jedoch nicht infrage: »Er kam zurück und sofort: Aufbauen, Aufbauen, Aufbauen.«⁹

alismus zur sozialen Demokratie«, in: Helga Grebing, Dietmar Süß (Hrsg.), *Waldemar von Knoeringen 1906–1971. Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie*. Bd. 1., Berlin 2006, S. 29–50, hier S. 47.

7 Fritz Erler an Käthe Erler, 19.5.1943, zit. nach Hartmut Soell, *Fritz Erler. Eine politische Biographie*. Bd. 1, Bonn 1976, S. 60.

8 Die meisten sozialdemokratischen Verfolgten entstammten den Geburtsjahrgängen zwischen 1900 und 1910. In der Weimarer Republik hatten sie als Angehörige einer bildungs- und aufstiegsorientierten Generation jüngerer Parteimitglieder Ämter und Funktionen in der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), im Reichsbanner oder auch in der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) übernommen. Ab 1933 waren es vor allem diese jungen Sozialdemokraten, die Widerstandsgruppen und illegale Netzwerke im In- und Ausland gründeten oder sich ihnen anschlossen.

9 Else Kloster im Interview mit der Verfasserin, 8.3.2006.

Schon am 1. August 1945 nahm Brünen seine Arbeit als Parteisekretär des SPD-Unterbezirks Duisburg auf, ließ sich in den Vorstand und wenig später in die Stadtverordnetenversammlung wählen.¹⁰ Leo Radtke, ein mehrfach vom Volksgerichtshof verurteilter Sozialdemokrat und Gewerkschafter aus Hamm, der zuletzt im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, litt infolge der Haft an einem »vorzeitige[n] körperliche[n] Verschleiß, hochgradige[r] Lungenblähung mit chronischer Bronchitis, Herzkreislaufbeschwerden und eine[r] Arthrose beider Schultergelenke«¹¹ und war zu 70 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Dennoch nahm Radtke kurz nach seiner Rückkehr eine Anstellung bei der Bezirksregierung Arnsberg an. Dort war er für Fragen der Fürsorge und Entschädigung von NS-Verfolgten zuständig und stieg wenig später zum Leiter der Wiedergutmachungsabteilung auf. Die Betreuung und Beratung anderer NS-Opfer entwickelte sich zu einem zentralen Betätigungsfeld vieler sozialdemokratischer Verfolgter. Erste lokale Fürsorgestellen für ehemalige Häftlinge entstanden 1945 vielerorts auf Initiative der politisch Verfolgten.¹² Überkommene sozialdemokratische Milieustrukturen boten den Verfolgten in den Nachkriegsjahren einen wichtigen Anknüpfungspunkt für soziale und politische Netzwerke, die gerade in den oft komplizierten und langwierigen Entschädigungsverfahren hilfreich sein konnten.

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Runge – auch er hatte als führendes Mitglied einer Duisburger Widerstandsgruppe zehn Jahre in der Haft verbracht – war das politische und soziale Engagement der NS-Verfolgten in der Nachkriegszeit nicht nur Ergebnis des Vertrauensvorschusses, den ihnen die Besatzungsmächte gewährten, sondern auch der Ausdruck eines besonderen Pflichtbewusstseins der Zurückgekehrten. Sie

10 1946 wurde Brünen zum Landrat in Dinslaken ernannt, 1947 erhielt er ein Mandat im nordrhein-westfälischen Landtag, und 1949 zog er als Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag ein.

11 Urteil des Oberversicherungsamtes Dortmund – Spruchkammer VII in der Streitsache Leo Radtke (Kläger) gegen den Arbeitsminister – Ausführungsbehörde für Unfallversicherung – (Sonderabteilung) in Düsseldorf, Nr. 219/1951, 16.1.1952, in: Entschädigungsakte Leo Radtke, Regierungspräsidium Düsseldorf, W-ZK-28010.

12 Vgl. dazu ausführlich für Nordrhein und Westfalen Cordula Lissner, *Den Fluchtweg zurückgeben. Remigration nach Nordrhein und Westfalen 1945–1955*. Essen 2006, S. 82 ff. Vgl. auch Wolfgang Röll, *Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945*. Göttingen 2000, S. 203 f., und Christel Wickert, »Widerstand und Verfolgung deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert«, in: *Der Freiheit verpflichtet. Denkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000, S. 363–393, hier S. 379 f.

fanden sich nach 1945 zusammen, »um den vollkommenen Verfall der Kommunalverwaltung zu verhüten und die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen des Möglichen zu sichern«, und fühlten sich »bewußt oder unbewußt für das ganze Volk, ja schließlich für ganz Deutschland verantwortlich«.¹³ Der demonstrative Aufbauwillen konnte auch als Botschaft an die einstigen Verfolger gedacht sein: »Mein Bestreben war es immer«, so der Kasseler Widerstandskämpfer Willi Goethe, »durch meine Arbeit die Menschen zu beschämen, die uns so Furchtbare angetan haben.«¹⁴ Zuallererst war der unermüdliche Aktivismus der Verfolgten der Notwendigkeit des Wiederaufbaus geschuldet. Zugleich war er aber ein Mittel zur Verdrängung ihrer traumatischen Erfahrungen der Verfolgungszeit, die weitgehend beschwiegen wurden – auch wegen des verbreiteten Desinteresses oder Unbehagens, mit dem die Mehrheit der »Mitläufer« ihren Geschichten begegneten.¹⁵ Im Rückblick auf die frühen Nachkriegsjahre äußerte der zurückgekehrte Emigrant und jüdische Sozialdemokrat Max Diamant im Jahr 1980, man sei »mit einer großen Geste der Verdrängung über diese schmerzliche eigene Vergangenheit, über diese schmerzliche Vergangenheit in diesem Volk und in diesem Lande [...] hinweggeschritten. [...] Und darum hat jeder sich auf seinem Arbeitsgebiet [...] ganz und gar hineingestürzt.«¹⁶

13 Hermann Runge, »Von ungeheurer moralischer Bedeutung«, in: *Die Gemeinschaft* (NRW), Nr. 1, 1956, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bestand Parteivorstand, AvS, 37/02112. Runge fand umgehend nach seiner Rückkehr aus der Zuchthaushalt eine Anstellung beim Landratsamt in Moers und arbeitete als SPD-Parteisekretär. Er war Mitglied des Parlamentarischen Rates, Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags von 1946 bis 1947 und von 1958 bis 1966 sowie Mitglied des Bundestages von 1949 bis 1956, wo er wie Eberhard Brünen jeweils dem Wiedergutmachungsausschuss angehörte.

14 Willi Goethe an Adolf Arndt, 14.1.1960, AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 3. Wahlperiode, Mappe 392.

15 Vgl. Susanne Miller, »Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945«, in: dies., *Sozialdemokratie als Lebensinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD*. Zum 80. Geburtstag hrsg. von Bernd Faulenbach, Bonn 1995, S. 282–296, hier S. 289 ff.; Kristina Meyer, *Die Entschädigung sozialdemokratischer Verfolgter in Westdeutschland. Eine qualitative Untersuchung anhand von Fallakten*. Ms., Bochum 2005, S. 86 ff.

16 »Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten berichten über ihren Beitrag zum Wiederaufbau 1945 bis 1950.« Protokoll einer Veranstaltung der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, AdsD, Nachlass Ludwig Gehm, Mappe 38.

Die Gründung einer parteieigenen Verfolgtenorganisation

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) entwickelte sich nach ihrer Gründung in den Jahren 1946/47 schnell zur zentralen Anlaufstelle und Interessenvertretung ehemaliger NS-Verfolgter. Auch wenn die Kommunisten die VVN von Beginn an – zumindest zahlenmäßig – dominierten, war es für ehemalige Häftlinge aus sozialdemokratischen und sozialistischen Widerstandskreisen zunächst ganz selbstverständlich, dieser Verfolgtenorganisation beizutreten, ihre Fürsorge- und Beratungsdienstleistungen zu beanspruchen oder auch Funktionen in ihr zu übernehmen. Die SPD-Parteiführung hingegen beobachtete die VVN mit großem Argwohn. Schon im November 1946 beriet der Parteivorstand über die vom Hauptausschuss »Opfer des Faschismus« in Berlin im Anschluss an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) geäußerte Absicht, eine deutschlandweit tätige Verfolgtenorganisation zu schaffen. In einem vertraulichen Rundschreiben empfahl man den Parteigliederungen, »die Anregung zur Gründung solcher Vereinigungen abzulehnen und da, wo ihre Gründung nicht verhindert werden kann, die Mitarbeit in diesen Vereinigungen zu verweigern«, denn es könne »kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kommunisten hier den Versuch machen, eine neue getarnte Propagandaorganisation für ihre Zwecke zu starten¹⁷.

Nachdem sich zahlreiche Sozialdemokraten dennoch an VVN-Gründungen auf Kreisebene beteiligt hatten oder ihr beigetreten waren, berief der Parteivorstand im September 1947 ein Treffen aller SPD-B Bezirksvertrauensmänner der VVN ein. Fritz Heine erörterte vor den Anwesenden, dass auch Berichte über erfolgreiche Bemühungen einiger Sozialdemokraten, »maßgebenden Einfluß« auf die örtliche VVN zu gewinnen und eine »kommunistische Beherrschung zu verhindern«, den Parteivorstand nicht von seiner ablehnenden Haltung abbringen könnten. Wer den Beteuerungen Glauben schenke, es handele sich bei der VVN um eine überparteiliche Organisation, lasse sich für ihre augenfällig kommunistischen Ziele ausnutzen. Darüber hinaus sei der Gedanke unerträglich, mit einer Organisation zusammenzuarbeiten, deren Förderer und Gesinnungsgenossen in der SBZ für die Diskriminierung und Internierung von Sozialdemokraten

17 Vorstand der SPD, Vertrauliches Rundschreiben Nr. 502/46, »Unsere Stellungnahme zur V.V.N., 4.12.1946, AdsD, Nachlass Carlo Schmid, Mappe 1503. Vgl. dazu auch Regina Hennig, *Entschädigung und Interessenvertretung der NS-Verfolgten in Niedersachsen 1945–1949*. Bielefeld 1991, S. 79 ff.

verantwortlich seien.¹⁸ Auf Empfehlung der Vertrauensmänner, die Anfang Mai 1948 erneut über die Haltung zur VVN berieten, erklärte der Parteivorstand am 6. Mai 1948 die Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der VVN. Zugleich kündigte er die Schaffung einer Zentralstelle für ehemals politisch verfolgte Sozialdemokraten an, die für die Erfassung und Förderung aller betroffenen Parteimitglieder, für die »Koordinierung aller gesetzlichen Maßnahmen in der Frage der Wiedergutmachung und Betreuung ehemals politisch Verfolgter« sowie für die Vorbereitung von Gesetzentwürfen zur Wiedergutmachung zuständig sein werde.¹⁹ Fritz Erler, Vertrauensmann der SPD in Württemberg-Hohenzollern, trat umgehend aus der VVN aus, forderte zugleich aber eine sofortige Initiative der dortigen SPD-Landtagsfraktion für Wiedergutmachungsgesetze. Die SPD könne sich »nur dann negativ zur VVN stellen, wenn [sie] bereit sei, die Interessen der NS-Opfer positiv wahrzunehmen«.²⁰

Die Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten (AvS) sollte den sozialdemokratischen Verfolgten nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss eine eigene Interessenvertretung innerhalb ihrer Partei bieten. Zuspruch und Parteigehorsam hielten sich allerdings in Grenzen: 1949 waren immer noch 17.000 SPD-Mitglieder in der VVN organisiert.²¹ Geschwindigkeit und Eifer bei der Gründung lokaler und regionaler Arbeitsgemeinschaften variierten je nach Bezirk oder Ortsgruppe, ebenso wie die Bereitschaft zum Austritt aus der VVN. Während sich die AvS in einstigen Zentren des sozialdemokratischen Widerstands wie dem Ruhrgebiet recht schnell etablieren konnte, mussten Verfolgte in anderen Gegenden wiederholt daran erinnert werden, auf eine Zusammenarbeit mit der VVN zu verzichten. Max Kukil, ein aus Breslau stammender sozialdemokratischer

18 Fritz Heine, Referat (mit Ergänzungen) für die Tagung sozialdemokratischer VVN-Vertrauensmänner in Springe, 3.9.1947, AdsD, Nachlass Carlo Schmid, Mappe 1503.

19 Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 6.5.1948: »VVN eine kommunistische Hilfsorganisation«, AdsD, Nachlass Carlo Schmid, Mappe 1503. Die Delegierten des Nürnberger Parteitags vom Oktober 1948 bestätigten den Unvereinbarkeitsbeschluss.

20 Fritz Erler an Carlo Schmid, 24.5.1948, zit. nach Soell, *Fritz Erler*, Bd. 1, S. 90 f.

21 Vgl. Patrick Major, *Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany*. London 1997, S. 217. Der Unvereinbarkeitsbeschluss wurde nur sehr selten konsequent durchgesetzt. Eines der wenigen Beispiele ist der bayerische Staatskommissar für die NS-Verfolgten Philipp Auerbach, der wegen seiner fortgesetzten Mitgliedschaft in der VVN aus der SPD ausgeschlossen wurde und ihr erst nach Verlassen der VVN wieder beitreten konnte. Vgl. Constantin Goschler, »Der Fall Philipp Auerbach. Wiedergutmachung in Bayern«, in: Ludolf Herbst, Constantin Goschler (Hrsg.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*. München 1989, S. 77–98, hier S. 86.

Verfolgter, der sich nach 1945 in Schleswig-Holstein niedergelassen hatte und dort als Gemeindedirektor, SPD-Parteisekretär und später als Landtagsabgeordneter tätig war, berichtete dem Parteivorstand im September 1950 von einer »erregte[n] Auseinandersetzung« mit zwei prominenten Lübecker Sozialdemokraten. Paul Bromme und Otto Passarge – selbst NS-Verfolgte – weigerten sich, »alte Genossen« aus der Partei auszuschließen, nur weil diese weiterhin auf ihrer Mitgliedschaft in der VVN beharrten.²² Dass Kukil den beiden Genossen eine »wankelmütige Haltung« attestierte, überrascht, da sich auch in seinem VVN-Mitgliedsbuch noch für das Jahr 1950 vier eingeklebte Beitragsmarken finden.²³

Ideologische Motive waren sicher nur bedingt ausschlaggebend für das Festhalten einiger Sozialdemokraten an der VVN, wenn auch manche Angehörige linkssozialistischer Widerstandsgruppen in der frühen Nachkriegszeit noch darauf hofften, die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden zu können. Viel entscheidender war, dass auf lokaler Ebene Solidargemeinschaften und Netzwerke zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten existierten und dass die VVN schlicht die öffentlichkeitswirksame, kämpferischere und professionellere Interessenvertretung zu bieten schien. Auch eine gewisse Naivität im Hinblick auf die Chance einer dauerhaften Überparteilichkeit der VVN mag eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. Wie die meisten Berufspolitiker unter den Verfolgten zählte Eberhard Brünen dagegen zu den entschiedenen Verfechtern einer parteigebundenen Organisation. Die VVN wie auch der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN)²⁴ waren in seinen Augen nichts weiter als »Interessenklüngel«, ihr Neutralitätsanspruch ebenso unrealistisch wie verlogen.²⁵ Tatsächlich war die SPD die einzige Partei, die sich ganz offen zu einer Aufspaltung der Verfolgtenvertretungen entlang der Partiegrenzen bekannte – eine Entwicklung, die sie mit ihrer Loslösung von der VVN

22 Max Kukil an Egon Franke, 5.9.1950, AdsD, Nachlass Max Kukil, Mappe 5.

23 Kukil war laut Mitgliedsausweis Nr. 35713 am 30.9.1947 in die VVN eingetreten. AdsD, Nachlass Max Kukil, Mappe 1.

24 Der BVN wurde 1950 in Abgrenzung zur VVN als eine dezidiert antikommunistische Verfolgtenorganisation gegründet. Führende AvS-Mitglieder kamen schnell zu der Auffassung, »daß der BVN eindeutig politischen Charakter trägt (Kanzler-hörig) und sich [...] zu dem gleichen übeln politischen Gebilde wie die VVN entwickelt hat«. Eberhard Brünen an Hermann Runge, 20.11.1950, AdsD, Nachlass Eberhard Brünen, Mappe 18. 1953 verabschiedete die SPD auch einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur Mitgliedschaft in SPD und BVN.

25 Eberhard Brünen an Hein Hamacher, 2.6.1950, AdsD, Nachlass Eberhard Brünen, Mappe 18.

ganz bewusst voranzutreiben suchte. Zuallererst war die Gründung der AvS Konsequenz eines antikommunistischen Abgrenzungsbedürfnisses und eines innerparteilichen Integrationsbedürfnisses der SPD. Gerade auch im Hinblick auf die Versöhnung verschiedener Flügel und Splittergruppen des sozialdemokratischen und sozialistischen Widerstands unter dem Dach der AvS übernahm der wachsende Antikommunismus als gemeinsamer Nenner eine Schlüsselfunktion.²⁶

Uneinigkeit herrschte innerhalb der AvS über das rechte Maß an politischer Positionierung, in der Partei wie auch in der Öffentlichkeit. Die Leitung der AvS Hessen-Süd verkündete in ihrem Mitteilungsblatt, dass ihre Vertreter bewusst darauf verzichten würden, »in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen. Der persönliche Dienst an jedem einzelnen Verfolgten ist ihnen der einzige Zweck ihrer Arbeit. Für jeden Sozialdemokraten, der Verfolgter des Nationalsozialismus war, sollte es selbstverständlich sein, der GvS anzugehören. In irgendeiner anderen Verfolgten-Organisation ist für ihn kein Platz.«²⁷ Der Aufruf zu Zurückhaltung und Linientreue galt der traditionell linken Basis des Bezirks, die ihre öffentliche Zusammenarbeit mit der VVN teilweise unbekümmert fortgesetzt hatte. Auch die exponierten Mitglieder der AvS vertraten unterschiedliche Auffassungen über die Funktion und die Aufgabe ihrer Organisation. Für Hein Hamacher war die AvS eine temporäre »Zweckorganisation«, die nur so lange bestehen werde, bis ihr wesentliches Ziel, »die gesetzliche Verankerung von Ansprüchen politisch Verfolgter für erlittenes Unrecht«, erreicht sei.²⁸ Eberhard Brünen dagegen forderte die Verfolgten zu kämpferischem Engagement auf: »Nur so viel wird dem politisch Verfolgten und geschädigten Gegner des Dritten Reiches an seinem erlittenen Schaden gutgemacht, als er durch seine Aktivität an politischem Wollen in der Wählermasse und der politischen Öffentlichkeit mobilisiert.«²⁹ Ein Mitglied der AvS Braunschweig beschrieb die Fehlentwicklungen in der Arbeitsgemeinschaft ebenso wie deren Ursachen sehr präzise:

26 Vgl. Mehringer, »Waldemar von Knoeringen«, in: Grebing, Süß (Hrsg.), *Waldemar von Knoeringen*, S. 29–50, hier S. 30.

27 »Unsere Stellung zu den Verfolgten-Verbänden«, in: *Mitteilungsblatt der GvS Hessen-Süd*, August 1955, AdsD, Bestand Parteivorstand, AvS, 26/01374. Statt AvS wurde gelegentlich auch die Abkürzung GvS (Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten) benutzt.

28 Hein Hamacher, Redemanuskript für die Jahreskonferenz der AvS NRW am 24.4.1950, AdsD, Nachlass Eberhard Brünen, Mappe 18.

29 *Die Gemeinschaft* (NRW), Nr. 3, 1955, S. 1 f., AdsD, Bestand Parteivorstand, AvS, 02112.

»Es fehlt in einem beängstigenden Umfange an einer Koordinierung der Auffassungen im Rahmen einer zusammenfassenden Diskussion innerhalb des Parteivorstandes und der Bezirke. Weil es sich bei den Opfern [...] um eine verhältnismäßig kleine und zudem noch absinkende Bevölkerungsschicht handelt, fehlt meines Erachtens die Vorstellung darüber, welche Aufgabe die Partei zur Wahrung der Interessen verfolgter Sozialdemokraten übernommen hat. Ich glaube nicht, daß man diese Aufgaben deswegen geringer einschätzen darf, weil zweifellos für die Gesamtpartei zahlreiche andere Probleme die Probleme der Verfolgten überschatteten.«³⁰

Die Einfluss- und Bedeutungslosigkeit der AvS war organisatorisch vorprogrammiert und beabsichtigt. Sie zählte nicht einmal zu den offiziellen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD, aber selbst dann wäre sie den Interessen der Gesamtpartei unterworfen gewesen. Ihr Status wurde nie klar definiert, ebenso wenig wie die Kompetenzen des sogenannten AvS-Bundesbeauftragten beim Parteivorstand. Schon allein aufgrund zahlreicher anderer Posten und Verpflichtungen konnte oder wollte keines der Vorstandsmitglieder diesen Aufgaben angemessen nachkommen – mit Ausnahme von Max Kukil, dessen früher Tod im Januar 1959 eine Leerstelle in der Verfolgtenarbeit hinterließ.³¹ Die Gründung einer parteieigenen Verfolgtenorganisation bedeutete zwangsläufig, dass die Interessen der sozialdemokratischen Widerstandskämpfer den Interessen der Gesamtpartei untergeordnet wurden. Gefragt war die AvS vor allem als Selbsthilfeorganisation in der Wiedergutmachungspraxis, weniger jedoch als Interessenvertretung der Verfolgten in der Wiedergutmachungspolitik.

Die Wiedergutmachung

In den Jahren nach Inkrafttreten des ersten bundeseinheitlichen Entschädigungsgesetzes von 1953 erlebte die AvS ihren Höhepunkt an Aktivität und Bedeutsamkeit. 1954 gab es laut einer internen Statistik in der Bundesrepublik knapp 85.000 sozialdemokratische Verfolgte, die Entschädigung

30 Hermann Troppenz an Max Kukil, 23.4.1957, AdsD, Bestand Parteivorstand, AvS, 1/0629.

31 Kurz vor seinem Tod war Kukil vom Parteivorstand mit der Reorganisation des Ostbüros betraut worden. Um seinen plötzlichen Tod am 17.1.1959 rankten sich Gerüchte, die von der Ostberliner Presse gestreut wurden: Kukil sei massiven Korruptionsfällen im Ostbüro auf die Spur gekommen und im Auftrag der dortigen Mitarbeiter vergiftet worden. Vgl. z. B. *Berliner Zeitung* v. 11.2.1959.

beantragt hatten. Ihnen stand die AvS mit Beratungsgesprächen, Auskünften, aber auch als Bevollmächtigte in den Entschädigungsverfahren zur Seite. Zwischen 1953 und 1955 stieg die Zahl der individuellen Beratungen von 50.000 auf mehr als 75.000 jährlich.³² Allein die nordrhein-westfälische AvS betreute im Jahr 1959 rund 22.000 Verfolgte³³, darunter auch im Ausland lebende Anspruchsberechtigte und Angehörige anderer Opfergruppen.³⁴ Die AvS in Nordrhein-Westfalen entfaltete vor allem unter der Ägide von Eberhard Brünen eine rege Betriebsamkeit auf dem Gebiet der Wiedergutmachung. In Schulungen und Seminaren lernten die ehrenamtlichen Mitarbeiter alle Feinheiten der komplexen Entschädigungsmaterie kennen, bei Bezirks- und Landesausschusssitzungen entwarfen sie Verbesserungsvorschläge für die Gesetzgebung. Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften mancher anderer Länder und Bezirke hielten sich derweil in Grenzen. Kurt Rother, ein Berliner Sozialdemokrat und NS-Verfolgter, konnte Max Kukil – seit 1952 Leiter der Zentralstelle für politisch verfolgte Sozialdemokraten beim Parteivorstand in Bonn – »nicht viel angenehmes [...] über die hiesige AvS« berichten: »Jedenfalls herrscht eine Schlafmützigkeit im Vorstand, die allgemein große Unzufriedenheit unter den Betroffenen erweckt. Das einzige, was einigermaßen funktioniert, ist die Beratungsstunde.«³⁵

Das Engagement in Fragen der Wiedergutmachung war die Sache weniger Akteure, die zwischen Politik und Praxis ebenso wie zwischen Parteispitze und Basis zu vermitteln versuchten. Eberhard Brünen, der als Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags und später auch des Bundestags dem jeweiligen Wiedergutmachungsausschuss angehörte und so direkt in die Konzeption und Umsetzung der Gesetze involviert war, entwickelte sich zu einem Experten auf diesem Gebiet. Er half zahlreichen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen bei ihren Entschädigungsanträgen und schaltete sich als Bevollmächtigter und Vermittler in die Verfahren ein. Brünens Sekretärin erinnerte sich, dass er oft bis weit in die

32 Vgl. Max Kukil an Erwin Schöttle, 8.2.1956, AdsD, Bestand Parteivorstand, AvS, 26/01374.

33 Vgl. Hein Hamacher, Ewald Sprave, Manuskript für die Landeskonferenz der AvS NRW 1959, AdsD, Nachlass Eberhard Brünen, Mappe 30.

34 Die nordrhein-westfälische AvS berichtete dem Innenministerium 1956, »daß nicht nur der große Kreis unserer Mitglieder ehrenamtlich betreut wird, sondern jeder, der sich an uns wendet, von uns Rat und Hilfe bekommt«. AvS NRW (Hein Hamacher, Ewald Sprave, Sally Kessler) an das Innenministerium NRW, 8.3.1956, AdsD, Nachlass Eberhard Brünen, Mappe 24.

35 Kurt Rother an Max Kukil, 5.2.1955, AdsD, Nachlass Max Kukil, Mappe 9.